

Dein Update

Wir im Bund. Wir im Land. Wir im Kreis Bergstraße.



Ausgabe 1 / Februar 2022

SPD im Bund

Bundespartei

Ukraine Krise diplomatisch lösen

Geplante Steuererleichterungen

SPD-Fraktion im Bundestag

Debatte über Impfpflicht im Bundestag

„Wir brauchen mehr Mut zur Intoleranz“

Zukunft Baupolitik: Klara Geywitz informiert (S.3)

SPD in Hessen

Landespartei

Tiefe Trauer über den frühen Tod von Landrätin Kirsten Fründt

SPD-Fraktion im Landtag

„Wer mit Rechten mitläuft, steht immer auf der falschen Seite“

Plenum Aktuell & Newsletter Bildung

Rede von Karin Hartmann zur Verkürzung der Mindestarbeitszeit für Beamte in Hessen (S.5)

SPD im Kreis

Unterbezirksvorstand

Kommunalakademie: SPD-Bergstraße macht seine Mitglieder fit für Parlamente

#solidarischausdercoronakrise

AsF-Bergstraße mit neuem Vorstand

AsF- Pressemitteilung zum §219a (S.7)

SPD-Fraktion im Kreistag

Stellungnahme zur Erhöhung der Kreisumlage (S.4)



Liebe Genossinnen und Genossen,

um Euch bezüglich der aktuellen Themen in den Parlamenten auf dem Laufenden zu halten, beabsichtige ich zunächst allen Genossinnen und Genossen mit führendem Amt vor Ort und Kreistagsmandatsträgern ab sofort ca. einmal im Monat einen Überblick zukommen zu lassen. Gerne könnte Ihr diese Informationen auch für Eure örtlichen Zeitungen weiterverwenden.

Da bekanntermaßen coronabedingt nahezu keine Möglichkeiten für Dämmerschoppen, Frühschoppen oder andere parteipolitische Veranstaltungen bestehen und wir im Kreis Bergstraße außerdem keine Bundestagsabgeordnete mehr haben, habe ich mich entschieden, zentrale bundespolitische Themen mit aufzunehmen und zu verlinken. Selbstverständlich findet Ihr auch auf den jeweiligen Homepages die aktuellen Informationen aus der Partei und den Parlamenten. Außerdem verlinke ich auch zum Plenum Aktuell der Hessischen Landtagsfraktion und gebe Euch einen Überblick über wichtige Adressen und Zuständigkeiten, Interessante Studien und Artikeln zu politischen Themen. Gerne könnt Ihr mir auch konstruktive Anregungen und Wünsche für eine Verbesserung dieses Newsletters zukommen lassen.

Nach dem Wechsel unserer Landesvorsitzenden Nancy Faeser als Bundesinnenministerin nach Berlin, wurde unser seitheriger Parlamentarischer Geschäftsführer Günter Rudolph zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Neue Parlamentarische Geschäftsführerin ist Dr. Daniela Sommer.

Derzeit unterstützen mich Annalisa Messina, Simone Rink und Michael Kosbau jeweils mit Teilzeitstellen in meinem Büro im Landtag. Der Newsletter wird federführend von Michael erarbeitet.

Eure Landtagsabgeordnete
Karin Hartmann

Dein Update

Wir im Bund. Wir im Land. Wir im Kreis Bergstraße.



Mein Team in Wiesbaden:



Annalisa Messina



Simone Rink



Michael Kosbau

Erreichbar unter:

k.hartmann@ltg.hessen.de und per Telefon mit der 0611/350662

Info: Die AsF Bergstraße hat am 12.01.2022 einen neuen Vorstand gewählt. Den Artikel hierzu findet ihr auf der Startseite.

Vorsitzende: Josefine Koebe (Bensheim)

Stellvertretende Vorsitzende: Alicia Hanf (Viernheim)

Schriftführerin: Susanne Boor (Einhausen)

Beisitzerinnen: Renate Blatt (Rimbach), Petra Brandt (Lampertheim), Martina Hardt-Holler (Heppenheim), Hilde Kille (Heppenheim), Alexandra Kotlyarska (Viernheim), Silke Lüderwald (Lampertheim), Eva Middleton (Bensheim), Regina Nethe-Jaenchen (Zwingenberg), Marlene Pfeifer (Neckarsteinach), Simone Reiners (Heppenheim), Brigitte Sander (Lorsch), Brigitte Wagenknecht (Bensheim), Saskia Wenz (Bürstadt)

Hier findet ihr die Social Media Präsenzen von Jusos Bergstraße und der AsF Bergstraße:

<https://www.facebook.com/jusosbergstrasse>

<https://www.instagram.com/jusosbergstrasse/>

<https://www.facebook.com/AsF.Bergstrasse>

<https://www.instagram.com/asf.bergstrasse/>

Webpräsenz des Hessischen Landtags: <https://hessischer-landtag.de/>

Fördermöglichkeiten Kreis Bergstraße unter: <https://www.karin-hartmann-spd.de/wahlkreis/>

Wie und warum jede Bürgerin/jeder Bürger eine *Petition* einreichen kann, erfahrt ihr hier:

<https://hessischer-landtag.de/content/petitionen-0>

Interessante Termine für SPD-Mitglieder:

- ...findet ihr auch in der Broschüre der Politischen Bildungsgemeinschaft Hessen (**<https://www.spd-hessen.de/wp-content/uploads/sites/269/2022/01/Broschuere-Bildungsgemeinschaft-2022.pdf>**)

Baupolitik des Bundes – Brief von Klara Geywitz an die SPD-Fraktion im Bundestag

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

im Koalitionsvertrag haben wir uns gemeinsam auf einen Aufbruch in der Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik verständigt. Unser Ziel ist der Bau von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr, davon 100.000 Sozialwohnungen. Deshalb werden wir in Kürze ein „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ mit allen wichtigen Akteuren schließen. Weitere zentrale Rahmenbedingungen für unsere Ziele sind die Bekämpfung des Fachkräftemangels, ausreichende Planungskapazitäten sowie Planungssicherheit, schnellere Verfahren und die Bereitstellung von entsprechenden Förderprogrammen. Als eine der ersten Amtshandlungen im neuen Ministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen habe ich eine Milliarde für den Sozialen Wohnungsbau den Ländern bereitgestellt. Auch die KfW-Förderung ist ein wichtiger Baustein unserer Förderpolitik.

Deshalb bin ich sehr froh, dass wir uns in der Bundesregierung heute gemeinsam über die Zukunft der Bundesförderung für effiziente Gebäude verständigt haben. Die Ergebnisse sind ein wichtiger Beitrag für die in der Baupolitik so wichtige Planungssicherheit. Konkret haben sich das für die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) federführende Bundesministerien für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), das Bundesministerium der Finanzen (BMF) und das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) auf Folgendes verständigt.

Nach dem vollständigen Antragsstopp für die BEG bei der KfW per 24.01.2022 hat sich die Bundesregierung darauf verständigt, dass alle bis zum 24.1.2022 eingegangenen Anträge für Sanierung, EH 40 und EH 55 von der KfW bearbeitet und entschieden werden. Das betrifft ca. 24.000 Anträge. Damit wird Vertrauensschutz gewährleistet und maximal Rechtssicherheit hergestellt. Das ist ein gutes Ergebnis für alle Bauherren.

Mit der Bearbeitung aller vor dem 24.01.2022 eingegangenen Anträge werden letztlich 285.000 Wohnungen in Deutschland gefördert. Das ist ein ganz wichtiger Impuls für die Bauwirtschaft. Und es ist ein wichtiger Schub für unser Ziel, jährlich 400.000 Wohnungen in Deutschland zu bauen. Im Weiteren haben sich die Ressorts auf einen Fahrplan für ein Paket von Maßnahmen verständigt, mit dem Bauen, bezahlbares Wohnen und Klimaschutz in Einklang gebracht werden können. Die Sanierungsförderung für energetische Gebäudesanierung wird mit unveränderten Sanierungstatbeständen wiederaufgenommen.

In Nachfolge der EH 40-Förderung wird in Umsetzung des Koalitionsvertrages ein neues Förderprogramm für den Neubau aufgelegt. Das neue Programm „Klimafreundliches Bauen“ soll spätestens ab 1. Januar 2023 beginnen. Unser Ziel ist, das Bauen mit nachhaltigen Baustoffen, das Fördern nachhaltiger Energieversorgung und bei der Bewertung, die Lebenszyklus-Treibhausgas-Emissionen pro m² Wohnfläche ins Zentrum zu stellen.

Für den Übergang wird ein befristetes EH40-Neubau-Förderprogramm mit geänderten Bedingungen aufgelegt. Dieses wird gedeckelt sein und hinsichtlich des Fördersatzes angepasst werden. Für den Sozialen Wohnungsbau wird mein Haus mit den Ländern ein Förderprogramm außerhalb der KfW-Förderung auflegen.

Mit den Ergebnissen schaffen wir nicht nur die erforderliche Planungssicherheit, wir stellen auch die Weichen für eine zeitgemäße, nachhaltige Förderung von Neubauten und einen effizienten Klimaschutz im Gebäudesektor. Die weiteren geplanten Schritte werden wir nun zügig gemeinsam angehen. Für Eure Unterstützung dabei danke ich euch schon jetzt!

Mit freundlichen Grüßen
Klara Geywitz

SPD lehnt Kreisumlageerhöhung entschieden ab

Bergstraße. Die SPD-Fraktion im Bergsträßer Kreistag äußert Kritik an den Plänen des Landratsamtes, die Kreisumlage zu erhöhen und damit die Städte und Gemeinden im Kreis finanziell stärker zu belasten. „Corona wütet nach wie vor, erzeugt in den Kommunen Mehrkosten und mindert Einnahmen. Unsere Städte und Gemeinden brauchen jeden Cent. Der Kreis darf ihnen nicht vermehrt in die Tasche greifen, zumal er über beträchtliche Liquiditätsreserven verfügt, die priorisiert genutzt werden müssen, bevor man Umlagen erhöht“, so Fraktionsvorsitzender Josef Fiedler. Dies sieht auch ein aktueller Erlass des Hessischen Innenministeriums so. Das CDU-geführte Ministerium in Wiesbaden stützt damit die Argumentation der SPD-Kreistagsfraktion Bergstraße.

Die Fraktion hat einen entsprechenden Änderungsantrag für den Haushaltsplan des Kreises in der Kreistagsitzung am 13. Dezember eingebracht.

Darin fordern die Sozialdemokraten den Kreis auf, auf die Umlageerhöhung zu verzichten, vermeidbare Neueinstellungen zu vermeiden- als Ausnahme werden alle neuen Stellen in Zusammenhang mit der Pandemie aufgeführt- und die Liquiditätsreserven aufzubrechen. Ausgenommen sein sollen auch Investitionen in den Bildungssektor, also vor allem den Schulbau und die Infrastruktur der Schulen. „Ein Verzicht auf die Umlageerhöhung würde unseres Erachtens ein richtiges Signal einer guten Partnerschaft zwischen Landkreis und Städten und Gemeinden dokumentieren“, so Fiedler. Er sei gespannt, ob die schwarz-grüne Koalition auf den Antrag eingehe, dessen Annahme für die Sozialdemokraten entscheidend für eine Zustimmung zum Haushaltsplan. „Einem Haushalt mit Umlageerhöhung bei diesem Liquiditätsstand werden wir nicht zustimmen. Der Griff in die Reserve geht vor den Griff in die Kassen der Städte und Gemeinden, die am Ende aller Bürgerinnen und Bürger über mögliche Erhöhungen der Grundsteuer bezahlen müssen“, schließt Fiedler.

➔ Die Kreisumlage wurde um 0,9% erhöht. Somit müssen die Städte und Gemeinden nun mehr Geld an den Kreis abgeben als bisher.

Landtagsrede von Karin Hartmann zur Verkürzung der Mindestarbeitszeit für Beamte in Hessen

Im Leben vieler Menschen, insbesondere von Frauen ergeben sich Situationen, in denen aus familiären oder auch gesundheitlichen Gründen nur mit einer geringen Stundenzahl gearbeitet werden muss. Tarifbeschäftigte in Hessen haben diese Möglichkeit, Beamtinnen und Beamte in Hessen sind leider mit einer Mindeststundenzeit von 15 Wochenstunden, d.h. 2 Wochentage oder 3-4 halbe Arbeitstage, konfrontiert.

Mit unserem vorliegenden Gesetzentwurf wollen wir eine Diskussion anstoßen, damit die dafür notwendigen Änderungen im Hessischen Beamtengesetz vorgenommen werden. Um Beamtinnen und Beamten auch in Hessen in temporären schwierigen familiären Situationen einen Verbleib im Job zu ermöglichen, schlagen wir vor, die Mindestwochenstundenzahl, sofern das die jeweilige Tätigkeit zulässt, für einen überschaubaren Zweitraum von derzeit 15 Stunden zu reduzieren oder ganz zu streichen.

Dies ist aus Sicht der SPD kein unmoralisches Ansinnen, sondern die logische Konsequenz aus veränderten Anforderungen einer Arbeitszeitflexibilisierung. [...]

Bundesländer wie Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz [geben] ihren Beamtinnen und Beamten die Möglichkeit, ihre Arbeitszeit für einen begrenzten Zeitraum auf deutlich weniger als 15 Stunden zu reduzieren. Im Gegensatz dazu verwehrt die Hessische Landesregierung seinen Beamtinnen und Beamten leider bis heute diese Möglichkeit und hält mit dem Beharren auf einer Mindeststundenzahl von 15 Wochenstunden an einem antiquierten Beamtengesetz fest.

[...]

Im Koalitionsvertrag von CDU und Grünen in Hessen ist zu lesen:

Wir wollen, dass Hessinnen und Hessen Familie und Beruf miteinander verbinden können. Wir wollen Familien deshalb mehr Zeitsouveränität ermöglichen.

Wir fördern die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, in der wir flexible Arbeitszeitgestaltung ermöglichen sowie Teilzeit und Telearbeitszeitangebote zur Verfügung stellen.

Werte Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, weshalb verweigerten Sie diesbezüglich im Innenausschuss bei der Auswertung der Stellungnahmen der Anzuhörenden einen konstruktiven Dialog. Ich hatte Ihnen ausdrücklich angeboten, auch über Änderungsanträge, die eine sehr eingeschränktere Formulierung als in unserem Gesetzentwurf vorgeschlagen, gesprächsbereit zu sein. Aber sie lehnten unseren Gesetzentwurf rundum ab.

[...]

All diejenigen, die Kinder oder pflegebedürftige Angehörige haben, wissen, dass es Lebenssituationen gibt, in denen selbst 15 Wochenstunden zu viel sind. Und ihnen allen ist auch bewusst, dass familiäre Aufgaben wie Erziehung und Pflege auch heute immer noch überwiegend von Frauen wahrgenommen werden. Deshalb ist die Weigerung, temporär eine geringe Arbeitszeit als 15 Wochenstunden zu ermöglichen, aus meiner Sicht eine geschlechtsspezifische Diskriminierung für hessische Beamtinnen.

Und wenn ich mir die frauen- und genderpolitischen Forderungen auf allen politischen Ebenen von B90/die Grünen anschau, ist das Verweigern der Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf, ebenso wie auch die Weigerung, Homeoffice auch für nach- Corona-Zeiten verstärkt zu ermöglichen, ein Hohn.

Auch unter dem Gesichtspunkt eines frühestmöglichen Wiedereinstiegs ins Berufsleben und die Verkürzung der Zeit, in der insbesondere Beamtinnen familienbedingt nicht arbeiten können, halten wir die Ablehnung unseres Gesetzentwurfs für verfehlt und frauenfeindlich.

Wenn es ihnen mit der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ernst ist und nicht nur um schöne Willensbekundungen geht, sie aber definitiv nicht von der Mindestwochenstundenzahl von 15 runter wollen, legen sie doch einen Änderungsvorschlag vor, der die Reduzierung auf wenige Ausnahmesituationen begrenzt und ansonsten die Möglichkeit in geeigneten Fällen einen Großteil der Wochenarbeitszeit im Homeoffice zu arbeiten, eröffnet.

Der Beamtenbund hat ja diesbezüglich konstruktive Vorschläge gemacht.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

wir sind uns bewusst darüber, dass dieser Gesetzentwurf kein „großes politisches Thema“ ist. Für einige Beamtinnen und Beamte, insbesondere für Alleinerziehende, denen zeitweise Betreuungsmöglichkeiten wegbrechen, wäre es eine erhebliche Erleichterung. Und ich bin mir sicher, dass dadurch nicht eine große Zahl von Beschäftigten davon Gebrauch machen würde. Und Frau Kollegin Goldbach, uns geht es auch nicht um eine Aufspaltung von einer Vollzeitäquivalentstelle in zehn Teilzeitstellen. Uns geht es vielmehr um eine pragmatische Lösung, um Landesbediensteten in einer verzwickten Familiensituation unnötige arbeitszeitliche Hürden abzubauen.

Mir ist selbstverständlich klar, dass sie unseren Gesetzentwurf ablehnen müssen, weil er von einer Oppositionsfraktion eingebracht wurde. Werte Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, lehnen sie unseren Gesetzentwurf ab, aber ersparen sie uns langatmige Reden in denen sie die Familienfreundlichkeit dieser Landesregierung loben. Wir Sozialdemokraten werden an dem Thema dranbleiben und ich bin mir sicher, dass der gesellschaftspolitische Dialog über notwendige Veränderungen im Hessischen Beamtengesetz angestoßen ist und sie sich diesen langfristig nicht verweigern können.

Meister verwechselt Werbung mit wichtigen Informationen - die Streichung von §219a StGB ist überfällig

Kreis Bergstraße, 27.01.2022 – Die Bergsträßer Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) reagiert entsetzt auf die Äußerungen des Bundestagsabgeordneten Michael Meister (CDU) zur geplanten Abschaffung von §219a StGB der Ampelregierung. Die SPD-Frauen kamen im Rahmen eines ersten digitalen Vorstandstreffens zusammen, nachdem die Jahreshauptversammlung Mitte Januar einen neuen Vorstand gewählt hatte.

„Das von Herrn Dr. Meister vertretene Frauenbild steckt noch im selben Jahrhundert fest wie die Wurzeln der Rechtsprechung, die als „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ nun schon lange genug im Strafgesetzbuch das Informationsrecht für Frauen erschwert“, kontert die Vorsitzende Josefine Koebe auf das Plädoyer des Bergsträßer Bundestagsabgeordneten, der sich kürzlich für den Fortbestand der Vorschrift stark machte. Auch für Petra Brandt aus Lampertheim gehört §219a StGB endlich auf den Müllhaufen der Geschichte.

Ob dem CDU-Politiker bewusst sei, dass sich Frauen in schwierigen Konfliktsituationen nach wie vor mühsam Informationen hinter vorgehaltener Hand in Hinterzimmern zusammensuchen müssten und dabei auch von den weitreichenden Folgen der abnehmenden Versorgung von Ärzt*innen betroffen seien, gelte es nach Dr. Meisters jüngst veröffentlichten Ausführungen stark zu bezweifeln, kommentiert Alicia Hanf als stellv. Vorsitzende der frisch konstituierten Arbeitsgemeinschaft.

„Es kann nicht sein, dass 2022 immer noch Ärztinnen und Ärzte auf ihrer Website über die Art der Abbrüche und mögliche Risiken nicht informieren dürfen. Gerade diejenigen, die am besten zur Erteilung zutreffender, sachlicher Informationen qualifiziert sind und das Vertrauen der Frauen genießen. Meister verwechselt Werbung mit wichtigen Informationen. Die Streichung von §219a StGB ist überfällig“, stellt die Beisitzerin Alexandra Kotlyarska aus Viernheim klar.

Die SPD-Frauen begrüßten es ausdrücklich, dass das Recht auf Selbstbestimmung im Kontext von sexueller und reproduktiver Gesundheit nun endlich dank einer fortschrittlichen Ampel-Koalition im Deutschen Bundestag Einzug erhalten habe, was sich gleich zu Beginn der Amtszeit in der längst überfälligen Abschaffung des Paragraphen zeige.

„Niemand soll sich erlauben über den Körper andere Menschen zu entscheiden, und Frauen aufgrund eigener Befindlichkeiten dazu zu zwingen, eine ungewollte Schwangerschaft auszutragen. Die Rechte eines Embryos mit denen einer Frau gleichzustellen, ist absurd und für mich ein klares Symbol der gelebten Verachtung von Frauen in der CDU,“ so die Bensheimerin Eva Middleton. „Hier geht es um das sexuelle Selbstbestimmungsrecht der Frauen“, fügt Marlene Pfeifer aus Neckarsteinach abschließend hinzu, die in der Abschaffung des Paragraphen 219a auch den ersten wichtigen Schritt zu einer weiterführenden Debatte um eine Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs im benachbarten Paragraphen 218 sieht.